

## Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-20-373/23

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen

Datum: 09.01.2023

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

☒**Betreff:**Haushaltssatzung der Stadt Brück für das Jahr 2023**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Ja**Gesamtkosten:  € Jährliche Folgekosten:  €Finanzierung  € Objektbezogene  €  
Eigenanteil:  Einnahmen: Haushaltsbelastung:  €Veranschlagung:  **Ja** mit  €Produktkonto:  FinanzH:  ErgebnisH: **geprüft und bestätigt:**\_\_\_\_\_  
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**\_\_\_\_\_  
Amtsleiter\_\_\_\_\_  
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AFSV	1	13.03.2023					
SVV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
**Unterschrift / Datum:**\_\_\_\_\_  
Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-20-373/23
-----------------------------

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Brück beschließt die

**Haushaltssatzung der Stadt Brück für das Haushaltsjahr 2023**

auf der Grundlage des § 67 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286).

**Unterschrift / Datum:**

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender der SVV

**Begründung**

Der Haushaltsplan wurde im Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Finanzen, Soziales und Verwaltungszusammenarbeit erarbeitet.

Im Ergebnishaushalt wird für das Jahr 2023 ein Fehlbetrag von 1.435,3 T€ ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag kann aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden, so dass der Haushaltsausgleich gegeben ist.

Im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit wird ein Defizit von 511,9 T€ ausgewiesen. Auch in den Folgejahren decken die Einzahlungen nicht die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit einschließlich Tilgungsverpflichtungen. In den Jahren 2023 und 2024 wird die laufende Verwaltungstätigkeit mit insgesamt 600 T€ aus dem Wohnungswesen gestärkt.

Die Investitionstätigkeit wird mit 685,3 T€ bezuschusst.

Der Haushalt ist nicht genehmigungspflichtig.